

Finanzkrise des Staates — Vertrauenskrise der SPD

Generalsekretär Heiner Geißler hat in einem Brief an die Führungsgremien der CDU und die Mitglieder der CDU/CSU-Bundestagsfraktion dazu aufgefordert, in der Diskussion über die gegenwärtige Finanzkrise die Bürger verstärkt über den moralischen Schaden aufzuklären, der durch eine Kette von Unwahrheiten, Täuschungsmanövern und finanzpolitischen Tricks der Bundesregierung verursacht worden ist. Als Argumentationshilfe wurde dem Brief die Dokumentation „Finanzkrise des Staates — Vertrauenskrise der SPD“ beigelegt.

Der Brief des Generalsekretärs und die Dokumentation haben folgenden Wortlaut:

Liebe Freunde,

die Bonner Politik der letzten Monate war beherrscht von der Krise der Staatsfinanzen und den vergeblichen Versuchen der Koalition, sie zu bewältigen.

Seit Jahren hatte die CDU auf die Folgen der verfehlten Finanzpolitik der Bundesregierung hingewiesen. Noch vor der letzten Bundestagswahl kritisierte die Union den steigenden Anteil des Staates am Bruttosozialprodukt und „die gefährlich tickende Zeitzunderbombe der widersinnig schnell gestiegenen Staatsverschuldung“ (Wahlprogramm von CDU/CSU) und erklärte den Bürgern gegenüber, daß bestehende Ausgaben überprüft und Opfer gebracht werden müßten.

Bundeskanzler, Bundesfinanzminister und die Koalitionsparteien, besonders die Sozialdemokraten, haben die Warnungen und Vorschläge der Opposition, der wirtschaftswissenschaftlichen Institute, der Deutschen Bundesbank in den Wind geschlagen. Die Konsequenz liegt heute offen zutage: Eine in der Geschichte der Bundesrepublik einmalige Finanzkrise des Staates.

Ich möchte Sie in diesem Brief für die Diskussion mit unseren Mitbürgern über dieses Thema auf einen Gesichtspunkt aufmerksam machen, der eine über den aktuellen Streit hinausgreifende grundsätzliche Bedeutung hat: Im Vordergrund der Auseinandersetzung standen bisher die schwerwiegenden wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen dieser Finanzkrise.

Genauso schwerwiegend, wenn nicht noch schwerwiegender, ist der moralische Schaden, der durch eine Kette von Unwahrheiten, Täuschungsmanövern und finanzpolitischen Tricks der Bundesregierung verursacht worden ist.

Ein Bundeshaushalt kann relativ kurzfristig saniert werden, die schwelende, vor allem bei jungen Menschen immer weiter um sich greifende Vertrauenskrise gegenüber dem demokratischen Staat und seinen Repräsentanten lastet aber als schwere Hypothek auf der Zukunft unseres Gemeinwesens.

Wenn der Bundeskanzler einen Monat vor der Bundestagswahl erklärt: „Von Verschuldung zu reden, ist dummes Zeug“ (Interview mit der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“, 3. September 1980), wenn die SPD die Kritik der Union an der Staatsverschuldung als „bis an die Grenze des Kriminellen gehende Angstpropaganda“ (Kommunique des Bundesvorstandes der SPD, 1. September 1980) bezeichnet, dann muß man den Bundeskanzler und die SPD heute wiederum, wie schon beim Rentenbeitrag des Jahres 1976/77, als Hauptschuldige an der Tatsache bezeichnen, daß heute immer mehr, vor allem junge Menschen, auf Distanz gehen zur parlamentarischen Demokratie und Lüge, Betrug und Täuschung mit der Politik identifizieren.

Schon 1976 haben Helmut Schmidt und seine Partei 12 Millionen Rentner getäuscht und in die Irre geführt. Bundeskanzler und SPD haben sich nicht geändert. 1976 waren es die Renten, heute sind es die Steuern und Finanzen.

Ich möchte Sie bitten, die Bürger über diese Tatsachen zu informieren und sie vor allem darüber aufzuklären, was Bundeskanzler und Bundesfinanzminister und die Koalitionsparteien vor der Wahl gesagt und nach der Wahl getan haben. Die folgende Dokumentation ist als Argumentationshilfe gedacht. Worte haben ihre Wirkung, vor allem, wenn sie von Repräsentanten des Staates gesprochen werden.

Von der Gegenüberstellung von Wort und Wirklichkeit kann vielleicht in der Zukunft auch der heilsame Zwang ausgehen, mit dem politischen Wort sorgfältiger umzugehen — eine wichtige Voraussetzung, um die politische Vertrauenskrise zu beenden.

Die harte Wirklichkeit des Jahres 1981 hat inzwischen das regierungsamtliche Gebilde der Täuschungen und Illusionen zerstört. Die Sozialdemokraten haben ja nicht nur die Staatsverschuldung bagatellisiert, „die Leute für dumm verkauft“ („Stern“, 6. August 1981), sie versprochen zusätzlich und gleichzeitig, das soziale Netz zu sichern und noch dichter zu knüpfen, die Steuern nicht zu erhöhen und den kleinen Mann zu entlasten. Die Staatsverschuldung wurde von der SPD als notwendige Voraussetzung für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit angeführt. Heute, neun Monate nach der Bundestagswahl, haben wir, mitten im Sommer, den höchsten Stand an Arbeitslosen seit 30 Jahren. SPD-Worte haben kurze Beine.

Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß ohne Wahrhaftigkeit und Glaubwürdigkeit ihrer Repräsentanten die freiheitliche Demokratie ihre Überlegenheit gegenüber totalitären Herrschaftssystemen auf Dauer nicht beweisen kann. Wir müssen aber auch aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre befürchten, daß der jetzige Bundeskanzler und die Führung der Sozialdemokraten auch in der Zukunft Täuschungen und Verschleierungen als Mittel der Politik einsetzen werden.

Besonders aus diesem ethischen Grund, nicht nur wegen der Zerrissenheit der SPD, muß bezweifelt werden, daß die Sozialdemokraten in der Lage sind, die großen Herausforderungen dieses Jahrzehnts zu bestehen. In einer Zeit der Krise braucht der Staat an der Spitze Männer und Frauen, die sich durch Geradlinigkeit, Zuverlässigkeit und Glaubwürdigkeit auszeichnen.

Fragen Sie Ihre Freunde, die Nachbarn, die Mitarbeiter im Betrieb: Wie viele Bürger, selbst SPD-Wähler, trauen heute der Bundesregierung und der Führung der SPD diese Eigenschaften noch zu?

Die Finanzkrise ist schlimm, aber der moralische Bankrott dieser Regierung ist schlimmer.

1. Die Position der CDU vor der Wahl

Die CDU hat seit Jahren vor der Verschuldungspolitik der Bundesregierung gewarnt.

Im Bundestagswahlkampf 1980 haben CDU und CSU in ihrem gemeinsamen Wahlprogramm ein ungeschminktes Bild der Situation gezeichnet und auf die Konsequenzen hingewiesen:

„Zu diesen Fehlentwicklungen gehören auch der hohe Anteil der öffentlichen Hand am Bruttosozialprodukt (von 1969 bis 1979 von 38 Prozent auf 47 Prozent gestiegen) und die gefährlich tickende Zeitzünderbombe einer für Friedenszeiten widersinnig schnell gestiegenen Staatsverschuldung.

Wir sind den Bürgern gegenüber ehrlich und sagen:

- daß nicht alles Wünschenswerte möglich ist,
- daß ein unauflöslicher Zusammenhang zwischen funktionierender Wirtschaft mit hohem Beschäftigungsstand einerseits und den gehobenen Lebensverhältnissen und Lebenserwartungen des einzelnen und der sozialen Sicherheit aller andererseits besteht.

Unser Ziel ist der schrittweise Abbau des Verschuldenszuwachses der öffentlichen Hände und damit die stufenweise Rückführung des Staatsanteils am Bruttosozialprodukt auf ein volkswirtschaftlich vertretbares Maß durch geringeren Anstieg der öffentlichen Ausgaben als des Bruttosozialprodukts. Dies ist unabdingbare Voraussetzung für die Wiedergewinnung unseres finanzpolitischen Handlungsspielraumes und zugleich unabdingbare Vorbedingung zum Abbau eines gefährlich gewachsenen Inflationspotentials in Form überhöhter öffentlicher Ausgaben und Kreditaufnahmen, deren wucherndes Gedeihen eines Tages zu einem neuen Geldwertschnitt, d. h. zu einer neuen Währungsreform führen muß. Wir wollen eine Besteuerung der Bürger nach Leistung und Belastung, eine schrittweise Tarifreform zur Vermeidung der heimlichen Steuererhöhung gehört dazu.

Zur Sicherstellung dieser Prioritäten sind eine Prüfung bestehender Ausgaben auf ihre weitere Notwendigkeit und die Bereitschaft zu Opfern unerlässlich.

Das richtige Verhältnis zwischen Gegenwart und Zukunft ist gestört. Die Politik hat das Gleichgewicht verloren zwischen den Ansprüchen der Gegenwart und den Erfordernissen der Zukunft. Sie hat nur die Gegenwart berücksichtigt und die Zukunft vernachlässigt. Diese Politik ist kurzichtig. Sie ist unmoralisch. Sie führt unausweichlich in große — nicht nur finanzielle — Krisen.

Seit Jahren steigt der Staatsanteil schneller als je zuvor in Friedenszeiten. Die Steuer- und Abgabenlast der Bürger hat Rekordhöhen erreicht. Fast die Hälfte jeder in unserer Volkswirtschaft verdienten Mark wandert in öffentliche Kassen. Die Mehrarbeit

der Bürger wird durch den Zugriff der Steuer bestraft. Dennoch ist der Staat verschuldet. Die Schulden des Bundes sind höher als sein Haushalt. Die neuen Kredite reichen kaum noch aus, Zinsen und Tilgung für die alten zu zahlen.

Die SPD/FDP hat trotz ständiger Warnungen der Union die Finanzkraft des Staates überfordert und die Grenzen der Belastbarkeit der Bürger überschritten. Die Explosion staatlicher Aufgaben und Zuständigkeiten hat zu Freiheitseinbußen, wachsender Entmündigung der Bürger, Bürokratie und einer zunehmenden Lähmung von Wirtschaft und Gesellschaft geführt. Die SPD/FDP-Bundesregierung zieht den Bürgern zuviel Geld aus der Tasche.“

(Wahlprogramm der CDU/CSU 1980)

2. Die Reaktion der SPD auf Warnungen der CDU

Die Reaktion der SPD auf die Kritik der CDU war nicht gekennzeichnet durch Argumente, sondern durch Beschimpfungen und Unterstellungen. Der Bundeskanzler spielte bei dieser Kampagne eine führende Rolle.

„Die SPD darf und wird sich nicht provozieren lassen. Aber sie wird sich mit aller Entschiedenheit und Konsequenz gegen jene wenden, die mit einer bis an die Grenze des Kriminellen gehenden Angstpropaganda mit Währung, Staatsfinanzen und Renten herbeizwingen wollen, was sie eine ‚politische Wende‘ nennen und was tatsächlich eine Rückwärtsentwicklung bedeuten würde.“

(Kommunique des SPD-Vorstands, SPD-Pressemitteilung Nr. 608, 1. 9. 1980)

„Wieder einmal will die CDU/CSU dem Bürger weismachen, daß die Staatsfinanzen zerrüttet sind; die Schulden zu hoch, die Ausgaben zu hoch, die Steuern zu hoch.“

(Sozialdemokrat Magazin, Heft 8, August 1980)

„In der Bevölkerung sind im Hinblick auf das Reizwort ‚Staatsverschuldung‘ tiefsitzende Ängste und Vorurteile geweckt worden, die aus unseren geschichtlichen Erfahrungen auch erklärbar sind und von der Opposition und einer bestimmten Presse in skrupelloser Weise angesprochen werden.“

(Hans Matthöfer, Einige Argumente zur öffentlichen Kreditaufnahme, 7. 8. 1980; hektographiertes Manuskript)

Bundeskanzler Schmidt zum Stichwort Staatsverschuldung: „Von Verschuldung zu reden, ist dummes Zeug“ (Interview in Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 3. 9. 1980);

... das sind Verbindlichkeiten.“

(ZDF-Sendung „Bürger fragen — Politiker antworten“, 11. 9. 1980, zitiert nach Kommentarübersicht des Bundespresseamtes)

„Jemand, der keine Schulden hat, der hat offenbar entweder ein Monopol und verdient so viel, wie er will, oder aber er ist ein Dummkopf und baut nicht und investiert nicht und lebt von der Hand in den Mund und überläßt die Zukunft sich selber.“

(Helmut Schmidt, Wahlkampfkundgebung in Kempten am 27. 9. 1980)

„Die Opposition läßt keine Gelegenheit aus, dem Bürger Angst zu machen ... Da wird dem Bürger in Fernsehspots ein Alptraum namens Staatsverschuldung vorgeführt ...

Das Erschreckende daran ist: Es wird nicht argumentiert, die Themen werden nicht diskutiert, es wird systematisch Angst verbreitet. . . . CDU und CSU haben keine Gegenargumente, und greifen daher zu Mitteln der Angstmache — und der Diffamierung.“

(Karl Liedtke, Stellvertretender SPD-Fraktionsvorsitzender, Pressemitteilungen der SPD-Bundestagsfraktion Nr. 910, 19. 9. 1980)

„Die CDU und die CSU, die wollen mit aller Gewalt, mit Beleidigung und Fälschung Boden wiedergutmachen.“

(Helmut Schmidt, Wahlkampfkundgebung in Dortmund am 6. 9. 1980)

„Es gibt eine ganze Menge Rentnerinnen und Rentner, die haben ihr ganzes Leben lang CDU gewählt und nun schämen sie sich eigentlich für diese Art von Propaganda.“

(Helmut Schmidt zu einer Wahlanzeige der Union: ‚Die SPD will 7 neue Steuererhöhungen‘; Wahlkampfkundgebung in Cuxhaven am 8. 9. 1980)

„Die tun ja so, als ob das unanständig wär, wenn der Staat Kredite aufnimmt. In Wirklichkeit ist das vernünftig.“

(Helmut Schmidt, Wahlkampfkundgebung in Bonn am 2. 9. 1980)

3. Die SPD täuscht die Wähler über die wahre Situation

Während die SPD die berechtigten Warnungen der CDU in den Wind schlug, behauptete die SPD gleichzeitig gegenüber den Wählern, ihre Finanzpolitik sei solide, das soziale Netz sei gesichert und werde noch dichter geknüpft, der ‚kleine Mann‘ entlastet, die Steuern und Abgaben würden nicht erhöht.

a) Zitate

„Unsere DM ist eine der härtesten Währungen der Welt.“

Eines garantieren wir: Soziale Demontage werden wir nicht zulassen. Im Gegenteil, wir wollen die soziale Sicherheit auch künftig auf soliden finanziellen Grundlagen weiter ausbauen und gerechter gestalten. Sicher ist: Vorsorgendes politisches Handeln wird in Zukunft noch wichtiger sein als nur nachträgliche Korrektur.

Die SPD wird die Arbeitsförderungsleistungen der Bundesanstalt für Arbeit weiter ausbauen und dadurch die beruflichen Qualifikationen der Arbeitnehmer verbessern und insbesondere Frauen bei der beruflichen Wiedereingliederung helfen.

Sozialdemokraten sind für eine Politik der Stabilität . . . Deshalb gewährleisten wir solide Staatsfinanzen, die den Bürger und die Wirtschaft in ihrer Steuerkraft nicht überfordern, die Risiken einer übermäßigen Staatsverschuldung vermeiden und die konjunkturpolitische Entwicklung verstetigen. Die Solidarität der öffentlichen Finanzen ist eine Rahmenbedingung unseres politischen Handelns.

Die Steuerpolitik der SPD wird auch in Zukunft vorrangig an dem Ziel ausgerichtet

bleiben, mehr soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen. Dem soll das für die Jahre 1981 und 1982 vorgesehene Steuerentlastungsprogramm dienen. Das Steuerrecht soll, soweit es der Grundsatz der gerechten Verteilung der Steuerlast zuläßt, weiter schrittweise vereinfacht werden.“

(Wahlprogramm der SPD)

„Wir versprechen nur das, was finanziert werden kann!“

(Helmut Schmidt, Wahlkampfkundgebung in Dortmund am 6. 9. 1980)

„Auf den steuer- und haushaltspolitischen Kurs der Bundesregierung, der von finanzpolitischer Solidarität und gesamtwirtschaftlicher Verantwortung für die Bundesrepublik Deutschland geprägt ist, können sich die Bürger verlassen.“

(Hans Matthöfer, SPD-Pressedienst, 25. 6. 1980)

„Der verbreitete Eindruck eines unveränderlichen bedrückenden Schuldenberges ist falsch. Durch pünktliche Rückzahlung aller Kredite und Aufnahme neuer Kredite zu zeitgemäßen Bedingungen erfolgt vielmehr eine regelmäßige Umwälzung der Kredite im Zeitraum von etwa vier bis fünf Jahren.“

(Hans Matthöfer, Welt am Sonntag, 17. 8. 1980)

„Aber ich bin weiter der Meinung, daß die Belastung der Lohnsteuerzahler mit direkten Steuern und Abgaben zu hoch ist.“

(Hans Matthöfer, Gespräch mit dem Stern, 10. 7. 1980)

„Die allgemeine Steuerbelastung soll in der kommenden Legislaturperiode nicht steigen.“

(Koalitionsvereinbarung, zitiert nach FAZ, 11. 11. 1980)

„Aber ich glaube sagen zu können, daß wir nicht vorhaben, Sozialleistungen abzubauen.“

(Hans Matthöfer, Interview im Deutschlandfunk am 26. 10. 1980)

„... ich halte die Belastung der Bürger mit Steuern und Abgaben schon jetzt für zu hoch. Sollten wir später einmal Verbrauchssteuern erhöhen aus bestimmten Gründen, dann bin ich der Meinung, daß andere Steuern gesenkt werden müßten im gleichen Ausmaß.“

(Hans Matthöfer, ARD-Bericht aus Bonn, 8. 5. 1981)

„'ne Familie mit drei Kindern kriegt bereits vom 1. Januar 75, wo wir die Steuerfreibeträge abgeschafft haben, kriegt allein an Kindergeld netto vom Staat — ist steuerfrei — jeden Monat 240,— Mark ausgezahlt. Seitdem haben wir es viermal erhöht, auf 280,—, 330,—, 350,—, am 1. Februar des kommenden Jahres — steht schon im Gesetzblatt, ist schon rechtskräftig — wird 'ne Familie mit drei Kindern nur an Kindergeld 410,— Mark netto und steuerfrei bekommen. Haben wir Sozialdemokraten gemacht!“

(Helmut Schmidt, SPD-Wahlkampfkundgebung in Gelsenkirchen am 17. 9. 1980)

„Hier braucht niemand Angst zu haben um unsere Finanzpolitik.“

(Helmut Schmidt auf dem ‚Deutschlandtreffen‘ der SPD in Dortmund am 6. 9. 1980; zitiert nach SPD-Informationsdienst „intern“ Nr. 15/80, 10. 9. 1980, S. 10)

„Und wir haben unsere jährliche Wirtschaftskraft heute weniger belastet, als zu Zeiten

Kaiser Wilhelms im Jahre 1913. Das muß auch mal gesagt werden. Wir sind wirklich solide.“

(Helmut Schmidt, Wahlkampfkundgebung in Ludwigshafen am 26. 9. 1980)

„Und wir sind im Gegensatz zur Opposition für das, was wir glauben, wirklich anständig finanzieren zu können.“

(Helmut Schmidt, Wahlkampfkundgebung in Hamburg, 9. 9. 1980)

b) Die Wahrheit ist:

■ der Wert der DM ist gegenüber dem Dollar binnen Jahresfrist um rund 30 Prozent gefallen.

■ Die Bundesregierung hat z. B. beschlossen:

- fühlbare Eingriffe in den Leistungskatalog der Bundesanstalt für Arbeit,
- Kürzungen beim Kindergeld in Höhe von 1,5 Milliarden DM,
- Erhöhung von Verbrauchsteuern.

■ Außerdem schließen weite Teile der SPD-Bundestagsfraktion und Bundeskanzler Schmidt die Einführung einer Ergänzungsabgabe auf die Lohn- und Einkommensteuer nicht aus.

4. Offenbarungseid in Raten und neue Täuschungsmanöver der SPD

„Wir haben keinerlei Anlaß zum Pessimismus. Unsere Wirtschaft ist gesund . . .“

„Die Bundesregierung will für 1981 einen Haushaltsentwurf mit einer Ausgabensteigerung von etwa vier Prozent vorlegen. Die Nettokreditaufnahme soll mit ungefähr 27 Milliarden DM diejenige des Jahres 1980 nicht überschreiten.“

Damit halten wir uns exakt an die Linie, die wir vor der Wahl aufgezeigt haben, die der Finanzplanungsrat am 4. Juli letzten Sommers empfohlen hatte. Wir tun heute das, was im Sommer angekündigt war.“

(Helmut Schmidt, Regierungserklärung am 24. 11. 1980; zitiert nach Bulletin Nr. 124, 25. 11. 1980)

„Wir haben im Juli im Kabinett beschlossen, die Mineralölsteuer und die Branntweinsteuer zu erhöhen. Wir erhöhen diese Steuern und sonst nichts.“

(Hans Matthöfer, Sozialdemokrat Magazin, Heft 12, Dezember 1980)

„Es gibt keine besonders ernste Lage der Bundesrepublik Deutschland.“

(Helmut Schmidt, Interview in Die Zeit, 12. 6. 1981)

„In der heutigen finanzpolitischen Lage und angesichts der Enge der öffentlichen Haushalte in der absehbaren Zukunft sehe ich keine Möglichkeiten für eine allgemeine Verringerung der Steuerbelastung. Ich sehe andererseits jedoch auch keinen Bedarf für allgemeine Steuererhöhungen, die zu einer höheren Steuerquote führen. Der Staat

muß ernsthaft versuchen, mit dem Geld auszukommen, das die Bürger ihm jetzt geben.“

(Hans Matthöfer, Rede auf der Jahresversammlung des Ifo-Instituts am 25. Juni 1981 in München, zitiert nach Bulletin Nr. 63 vom 27. 6. 1981)

„Der Ausgabenzuwachs muß gebremst werden. Die Belastung der Bürger mit direkten Steuern und Abgaben sollte nicht mehr erhöht werden.“

(Hans Matthöfer, Interview in der Westfälischen Rundschau, 22. 5. 1981)

„In der Bundesrepublik muß jetzt der Gürtel enger geschnallt werden. Wenn es die hohen Zinsen nicht gäbe, würde es nicht so grausam ausfallen.“

(Helmut Schmidt, zitiert nach Bild, 23. 7. 1981)

„Jedermann weiß, die Finanzlage der öffentlichen Hände ist prekär.“

(Peter Glotz, Welt der Arbeit, zitiert nach SPD-Pressemitteilung vom 15. 6. 1981)

„Erhebliche Einsparungen und Eingriffe in Gesetze sind erforderlich. Es geht um die Verringerung steuerlicher Vorteile und Korrekturen in zahlreichen Gesetzgebungsbe-
reichen sowie Haushaltskürzungen in einer zweistelligen Milliardengröße.“

(Heinz Westphal, zitiert nach Informationen der SPD-Bundestagsfraktion vom 26. 6. 1981)

„... ich wäre in bezug auf Steuer- und Abgabenerhöhung von großer Skepsis und allergrößter Zurückhaltung. Mir scheint, daß insbesondere der arbeitende Teil unseres Volkes — ... —, daß deren Belastungen mit Steuern und Abgaben nahe an die Grenze des politisch Erträglichen herankommt und daß man also nicht dahin ausweichen soll, es muß echt gespart werden und nicht einen Teil der Sparaufgabe verlagern auf Einnahmeverbesserungen des Staates.“

(Helmut Schmidt, ZDF-Heute-Journal, 26. 6. 1981)

„Ich sehe keine zu Buche schlagende, prinzipielle Möglichkeit der Erleichterung unserer Aufgabe durch Erhöhung von Steuern und Sozialabgaben.“

(Helmut Schmidt, SPD-Pressedienst, 6. 7. 1981)

„Im Haushaltsjahr 1982 die Nettokreditaufnahme auf die Höhe der investiven Ausgaben zu beschränken, dürfte schwerfallen. Aber ist der Versuch wirklich geboten?

Die Forderung nach höheren Steuern ist eine angemessene Gegenposition.“

(ppp-Hintergrund-Dienst, 10. 6. 1981)

„... das ist ein phantastisches Ergebnis.“ ... „Ich bin mit dem gegenwärtigen Ergebnis — das muß ich sagen — sehr zufrieden.“

(Helmut Schmidt zum ‚Sparprogramm‘ der Koalition, in dem für insgesamt rund 15 Milliarden DM staatliche Leistungen gestrichen und Steuern erhöht werden sollen; ARD-Tagesthemen, 30. 7. 1981)

„Das deutsche Volk ist verwöhnt.“

(Helmut Schmidt, Süddeutsche Zeitung, 7. 4. 1981)

„Was man versprochen hat, das muß man halten!“

(Helmut Schmidt, Wahlkampfkundgebung in Hamburg-Wandsbek am 13. 9. 1980)